

Jörg Haspel, Ulmer Arbeiterwohnungen in der Industrialisierung – Architekturhistorische Studien zur Wohnreform in Württemberg. Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm, hrsg. vom Stadtarchiv Ulm, Bd. 22, Ulm 1991. 460 S., 76 Abb. u. 40 Taf.

In seiner umfangreichen Untersuchung, die als kunstgeschichtliche Dissertation an der Fakultät für Kulturwissenschaften der Universität Tübingen entstanden ist, behandelt der Autor den Beitrag Ulms zur Entstehung und Entwicklung des Arbeiterwohnbaus in Württemberg von 1860 bis zum Ende des Kaiserreichs. Ebenso wie in anderen deutschen Industriestädten gab es in Ulm zu dieser Zeit private, gemeinnützige und genossenschaftliche Initiativen zur Wohnraumbeschaffung für Arbeiter. Ulm zeichnet sich durch eine rege kommunale Bautätigkeit zur Erstellung von Arbeitereigenheimen aus – in diesem Umfang eine einmalige Erscheinung nicht nur auf Landes-, sondern auch auf Reichsebene.

Haspel zeigt, wie eine Reihe glücklicher Umstände dazu führte, daß in Ulm die Kommune selbst die führende Rolle beim Bau von Arbeiterwohnungen übernehmen konnte. Nicht zu übersehen ist dabei der Einfluß, den der Oberbürgermeister Heinrich Wagner während seiner gesamten Amtszeit (1891–1919) ausübte. Sowohl der Wohnungsverein – eine gemeinnützige Aktiengesellschaft unter Beteiligung von Ulmer Unternehmern – als auch der genossenschaftlich organisierte Ulmer Bau- und Sparverein gingen im wesentlichen auf seine Initiative zurück. Daneben suchte er nach neuen Wegen, um in größerem Umfang Wohnraum für Arbeiter bereitstellen zu können.

So entstand das Konzept, in kommunaler Regie Arbeiterhäuser zu erstellen und an ihre Bewohner zu verkaufen. Auf diese Weise sollte den materiell unterprivilegierten Bevölkerungskreisen der Erwerb von Wohneigentum ermöglicht werden. Indem man ihnen zum eigenen Heim mit Garten verhalf, wollte man bei den Ar-

beitern Häuslichkeit und Familiensinn stärken und die Bereitschaft zum Sparen wecken.

Hinter diesem Konzept stand die Einsicht, daß eine sozial orientierte Wohnungspolitik wirkungsvoll zum gesellschaftlichen Frieden und damit zur Stabilität der Wirtschaftsordnung beitrug. Darüber hinaus kam dieses Modell auch unmittelbar dem Interesse der lokalen Unternehmer entgegen: Die Bereitstellung von billigem Wohnraum durch die Kommune wirkte sich mäßigend auf das Lohnniveau aus; durch die Eigentumsbildung wurden die Arbeiter langfristig an den Ort und die dortigen Betriebe gebunden.

Bezeichnenderweise wurde die städtische Wohnungspolitik sowohl von den Unternehmern als auch von den Vertretern der SPD im Ulmer Gemeinderat unterstützt – trotz ihrer grundsätzlichen Vorbehalte gegen die Eigentumsbildung. Allerdings wurden durch das Wohnungsprogramm nicht so breite Kreise erreicht, wie es die zeitgenössischen Veröffentlichungen vermuten ließen. Die geforderte Anzahlung von 10 Prozent des Bauaufwands und die regelmäßige Belastung durch die Abzahlungsraten führten zu einer sozialen Auslese unter den Bewerbern.

Die finanzielle Grundlage für das außergewöhnliche Engagement der Stadtgemeinde bildete ihre konsequente Bodenpolitik. Durch Ankauf des Festungsgeländes im Rahmen der Entwallung nach der Jahrhundertwende vereinte sie die wichtigsten Teile des Stadterweiterungsgebietes in ihrer Hand und sicherte sich damit den Einfluß auf die städtebauliche Entwicklung; mit dem Gewinn aus Baulandverkäufen konnte sie den Bau der Arbeitersiedlungen finanzieren. Eine derartige Konzentration von Grund und Boden in der Hand einer Gemeinde war eine Ausnahmeerscheinung. Dies ist sicher der Hauptgrund, warum das Ulmer Modell bereits ab 1900 in der Diskussion um die Reform des Arbeiterwohnbaus große Publizität und Anerkennung erfuhr, sich aber keine Nachfolger fanden, die es auch in größerem Umfang umgesetzt hätten.

Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatte die Stadtgemeinde Ulm 304 Gebäude mit rund 450 Wohnungen für mehr als 2700 Einwohner errichtet. Die Bebauung konzentrierte sich in drei Siedlungen (Untere Bleiche, ab 1894; Beim Kessel, ab 1903; Unterer Kuhberg, ab 1906). Daneben war eine größere Anzahl z. T. bedeutender Einzelbauten und Baugruppen gemein-

nütziger oder genossenschaftlicher Bauträger sowie privater und öffentlicher Arbeitgeber entstanden. In der Gesamtschau repräsentieren diese Arbeiterhäuser und -siedlungen die Hauptrichtungen der Wohnreformdiskussion zwischen dem ausgehenden 19. Jahrhundert und dem Ende des Kaiserreichs sowie den Wandel der Gestaltungsvorstellungen, der sich in dieser Zeitspanne in Architektur und Städtebau vollzog.

Haspel versteht es, diese Entwicklungslinien zu verfolgen und sie auch für Leser, die mit der Thematik weniger vertraut sind, deutlich und nachvollziehbar zu machen. Für die Untersuchung der Grundrißstypen und ihrer Veränderungen zieht er archivalische Schriftquellen wie Gemeinderatsprotokolle, Beschwerdeschreiben von Bewohnern u. ä. hinzu, die es ihm erlauben, der Ausgangskonzeption der Entwerfer die in den Gebäuden später verwirklichten unterschiedlichen Wohnweisen gegenüberzustellen.

Für die Drucklegung wurde der Text der Dissertation um einen einleitenden regionalgeschichtlichen Überblick und mehrere Exkurse erweitert. So wird die Bautätigkeit in Ulm noch stärker in die Gesamtentwicklung des Arbeiterwohnungsbaus in Württemberg eingebunden. Die Darstellung gleichzeitig realisierter Siedlungen in anderen Teilen des Landes (z. B. Arbeiterwohnhäuser der Baumwollspinnerei in Kuchen, „Postdörfle“ in Stuttgart u. v. a.) hilft dem Leser, die Besonderheiten und die Bedeutung des Ulmer Beitrags zur Wohnungsreform zu erkennen.

Das Buch wurde offenbar für zwei Arten von Lesern geschrieben – jene, die Näheres über die Wohnreformbestrebungen in Württemberg erfahren wollen (vgl. Untertitel), und jene, für die der Ulmer Arbeiterwohnungsbau vor allem als Teil der Ulmer Stadtgeschichte von Interesse ist. Für den ersten Leserkreis sind z. B. die ausführlichen Darstellungen der Verhältnisse im Raum Reutlingen mit dem Bau der Gartenstadt Gmindersdorf bestimmt (Exkurse im 1. und 3. Teil) oder die eingehenden Beschreibungen einiger „Durchschnittslösungen zur Arbeiterwohnungsfrage“ (Heilbronn, Mochenwangen bei Ravensburg, Nürtingen; 3. Teil). Für den zweiten bietet der Autor einen breiten Überblick über die Stadtentwicklung und die Architekturdiskussion in Ulm in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (2. Teil).

Es handelt sich also weder um eine Gesamtdarstellung des Arbeiterwohnungsbaus in Württemberg, in der Ulm eine Sonderstellung einnimmt,

noch um einen Beitrag zur Ulmer Stadtgeschichte, dem die Darstellung der allgemeinen Entwicklungslinien im Arbeiterwohnungsbau nur als Hintergrund dient. Die Folge ist, daß einzelne Abschnitte – ohne unmittelbaren Zusammenhang zur jeweils anderen Thematik – ein gewisses „Eigenleben“ führen. Wäre das Buch aber so stringent geschrieben worden, hätten viele Einzelinformationen keinen Eingang gefunden, die für den einen oder den anderen Leserkreis durchaus von Interesse sein werden (bis hin zur Schilderung der „Knöpfle-Post“, einer vom Werk betriebenen fahrbaren Essensbeförderung vom Heimatort der ländlichen Arbeiter zur Arbeitsstätte).

Besonders zu erwähnen ist, daß sich Haspel nicht nur mit der Entstehungsgeschichte der Ulmer Arbeiterwohnungen auseinandersetzt, sondern auch den noch erhaltenen Bestand in seine Untersuchung mit einbezieht. Durch Kriegszerstörungen und Sanierungsmaßnahmen sind z. T. bedeutende Einzelbauten und Wohnanlagen verlorengegangen; in anderen Bereichen sind durch private Modernisierungen die visuellen und räumlichen Qualitäten und der geschichtliche Bedeutungszusammenhang nur noch bedingt ablesbar. Mehrere Baugruppen (wie z. B. die Wohnanlage der Postverwaltung an der Wörth- und Blücherstraße und weite Teile der kommunalen Arbeitereigenheimsiedlungen) sind aber noch bemerkenswert gut erhalten geblieben, so daß der Leser Haspels Ausführungen am historischen Bestand nachvollziehen kann. Aus unserer Sicht ist es besonders erfreulich, wenn dadurch ein vertieftes Verständnis für die Anliegen der Denkmalpflege geweckt wird.

Erik Roth